

Der Sandbote

SPORT

TORREKORD beim letzten Qualifikationsspiel von Pfadi Winterthurs Handballern in Uster: Sie schlugen St. Otmar 41:36 und gehen als Nummer 1 in die Playoff-Halbfinals, Gegner ist Thun. / 35



WINTERTHUR

EIN NEUES BIER für Winterthur: Nach dem Wegzug der Haldegut-Produktion nach Chur plant ein Informatiker und Hobbybrauer die Gründung einer Kleinbrauerei. / 15

REGION

TEMPO 30 gibt in Wiesendangen zu reden. Gegen das neue Verkehrsregime sind mehrere Rekurse eingegangen. Sie richten sich aber primär gegen die baulichen Begleitmassnahmen. / 23

HEUTE MIT

spots

DAS THEATER
BRAVEBÜHNE
SPIELT AMOK

INTEGRATIONSARBEIT

Koordination und Leistungsauftrag

WINTERTHUR. Die an der Integration von Ausländerinnen und Ausländern beteiligten privaten und öffentlichen Institutionen, Organisationen und Vereine wollen in Zukunft besser zusammenarbeiten. Dies haben der Stadtpräsident, der städtische Integrationsdelegierte sowie Vertreter des Interkulturellen Forums Winterthur (IFW) diese Woche an einer ersten gemeinsamen Sitzung beschlossen. Die Zusammenarbeit soll besser koordiniert, die Aufgaben der einzelnen Stellen sollen klar formuliert und mit einem Leistungsauftrag verbunden werden. Der Ausländerbeirat soll so bald als möglich seine Arbeit aufnehmen. Zurzeit läuft noch die Suche nach geeigneten Kandidaten oder Kandidatinnen für das Präsidium des Beratungsgremiums. Noch ungelöst ist auch der Konflikt mit Vertretern der alevitischen Glaubensgemeinschaft. Diese pochen nach wie vor auf mindestens einen Sitz im Ausländerbeirat. (pfr) / Seite 13

MEDIKAMENTE

Preisanstieg gedämpft

BERN. Medikamente sind zwar erneut teurer geworden, der Anstieg konnte aber gebremst werden. Dies ist die erste Bilanz der neuen leistungsorientierten Abgeltung (Loa) in den Apotheken. Dank Loa seien die Kosten um knapp 100 Millionen Franken weniger gewachsen, als sie unter der alten Margenordnung gestiegen wären, gaben der Schweizerische Apothekerverband und Santésuisse, der Verband der Krankenversicherer, gestern in Bern bekannt. Noch nicht zufrieden stellend seien die Loa-Resultate, was den Anteil an günstigeren Nachahmerprodukten (Generika) und die Beratungsqualität in den Apotheken betrifft. Die Apotheker müssten den Rollenwechsel vom Verkäufer hin zum pharmazeutischen Berater noch stärker vollziehen. (sda) / Seite 5

ÄGYPTEN FRIERT DIE DIPLOMATISCHEN KONTAKTE ZU ISRAEL EIN

Kein Rückzug Israels



Eine israelische Armeepatrouille im Zentrum der seit vorgestern besetzten palästinensischen Stadt Bethlehem.

Israel ist nicht bereit, nach der Uno-Resolution 1402 seine Truppen aus dem Westjordanland zurückzuziehen.

RAMALLAH. Israels Uno-Botschafter Yehuda Lancry sagte, erst müsse Israel die Infrastruktur der palästinensischen Terroristen beseitigen und «ein deutliches Zeichen» für die Bereitschaft zur Waffenruhe bei den Palästinensern sehen. Zuvor hatten ihn die 15 Mitglieder des Sicherheitsrats zu einem «persönlichen Gespräch» gebeten und darauf gedrungen, dass Israel der Uno-Resolution 1402 Folge leistet und seine Truppen aus den Palästinensergebieten zurückruft.

Die ägyptische Regierung hat ihre Kontakte auf Regierungsebene zu Israel

eingefroren. Kairo wolle lediglich die diplomatischen Kanäle aufrechterhalten, «die der palästinensischen Sache dienen», sagte ein Regierungssprecher. Ägypten ist neben Jordanien das einzige arabische Land, das einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen hat. Deshalb spielt Ägypten eine wichtige Vermittlerrolle im Nahostkonflikt.

Die israelische Armee hat sechs Tage nach Beginn ihrer Offensive weitere Städte im Autonomiegebiet unter ihre Kontrolle gebracht. Die Truppen besetzten neu die Städte Dschenin und Salfit. In heftigen Kämpfen wurden mindestens zehn Palästinenser getötet. Die Armee ist gestern Abend auch in Nablus, die grösste Stadt im Westjordanland, eingerückt.

In Bethlehem, wo sich in der Nacht auf gestern rund 200 Palästinenser in der

berühmten Geburtskirche verschanzt hatten, wurden zwei bewaffnete Männer von Soldaten erschossen. Der Vatikan hat die Botschafter Israels und der USA einbestellt und das Vorgehen Israels scharf verurteilt.

Die EU-Aussenminister sind gestern Abend in Luxemburg zu einer Sonder-sitzung zusammengekommen. Vor dem Treffen erklärte sich Spaniens Regierungschef José Maria Aznar in einem Telefongespräch mit Ministerpräsident Ariel Scharon bereit, heute in den Nahen Osten zu reisen, um ihn und Jassir Arafat zu treffen. Eine Vermittlung der spanischen EU-Ratspräsidentschaft wurde auch vom deutschen Aussenminister Joschka Fischer und der französischen Regierung unterstützt. Scharon lehnte ein Treffen umgehend ab. (ag) / Seite 3

NACH 22 STUNDEN

Geiselnnehmer festgenommen

LÜNEBURG/WARSCHAU. Während 22 Stunden sind die drei Männer, die im niedersächsischen Wrestedt eine Sparkasse überfallen hatten, auf der Flucht gewesen. Die drei Männer haben die deutsche Staatsangehörigkeit und sind Bürger von Hamburg.

Zwei weibliche Bankangestellte nahmen die Täter als Geiseln. Sie fuhren in einem Personenwagen ungefähr 1600 Kilometer durch Norddeutschland, Polen und die Ukraine, wo schliesslich die Festnahme erfolgte. In Polen und in der Ukraine war das Täterfahrzeug unter ständiger Beobachtung der Polizei. Für einen Zugriff der Polizei in Deutschland hätte sich keine Möglichkeit ergeben, sagte Polizeisprecher Sven Janssen in Lüneburg. Die erste Geisel konnte sich gestern Morgen von den Entführern befreien, die zweite Geisel übergaben die Täter gestern Nachmittag der ukrainischen Polizei, nachdem sie mit ihnen verhandelt hatten. (ap) / Letzte Seite

MARKANT MEHR GEWINN

Schweizerische Post erfolgreich

BERN. Die Schweizerische Post hat ihren Konzerngewinn im Jahr 2001 um fast zwei Drittel erhöht. Er stieg von 118 Millionen Franken im Vorjahr auf 194 Millionen, wie die Post gestern bekannt gab. Auch der Umsatz legte auf 6,228 (6,022) Milliarden zu. Der Gelbe Riese begründet den positiven Abschluss unter anderem mit einer leicht erhöhten Nachfrage nach Postprodukten sowie Preisanpassungen bei der Brief- und Paketpost. Dennoch sei die finanzielle Basis noch «zu wenig nachhaltig». Die Eigenkapitalbasis müsse weiter verstärkt werden, um dem zunehmenden Wettbewerbsdruck als Folge weiterer Liberalisierungsschritte im Paket- und Briefmarkt Stand zu halten und gleichzeitig einen ausreichenden Service public zu erbringen. (sda) / Seite 6

INHALT

Ausland	2
Schweiz	5
Wirtschaft/Börse	6/9
Stadt Winterthur	13
Was wie wann wo	14
Feuilleton/Roman	18/19
Region Winterthur	23
Kanton Zürich	27
Motorrad aktuell	28/29
TV/Radio	33
Sport	35
Inserate	
Amtliche Publikationen	20, 21
Eulachmarkt	38
Fahrzeugmarkt	38
Immobilien	30, 31
Veranstaltungen	40-43



SP UND GRÜNE MÖCHTEN REGIONEN AN STELLE VON BEZIRKEN

Die Bezirksfrage spaltet die Kommission

Die Zukunft der Bezirke ist eine zentrale Frage in der neuen Kantonsverfassung. Die Reformprallen auf die Bewahrer.

ZÜRICH. «Ob wir am Schluss Bezirke oder Regionen haben, ist nicht matchentscheidend», sagt Annelies Schneider-Schatz, Präsidentin der Kommission 6 des Verfassungsrates, welche die zukünftige Gliederung des Kantons berät. Doch die SVP-Verfassungsrätin stapelt tief. Andere Kommissionen warten mit ihren Diskussionen auf die Antwort des Rates zur Regionenfrage. Tangiert sind die

Gerichte, die Wahlkreise und die Zweckverbände, deren Aufgaben von den Regionen mehrheitlich übernommen würden. Für den Grünen Daniel Vischer ist die Regionenfrage gar «die Zentralfrage der Verfassungsrevision».

SP und Grüne für neues Modell

Die Kommission 6 hat zwei Modelle in die interne Vernehmlassung an die anderen fünf Kommissionen, die Fraktionen und den Regierungsrat geschickt. Bis am 19. April müssen die Antworten eintreffen. Das eine Modell basiert auf dem Status quo und hält an der Aufteilung des Kantons in Bezirke fest. Die

Grösse könnte allerdings verändert werden, was etwa im Fall des kleinen Bezirks Andelfingen wichtig wäre. Das zweite Modell, von den Grünen und der SP eingebracht, will den Kanton in mehrere Regionen aufteilen. Wie viele und mit welchen Grenzen müsste auf Gesetzebene geregelt werden. Die Regionen könnten ein Parlament bestellen und Steuern einziehen. Der Kanton und die Gemeinden könnten den Regionen Aufgaben abtreten, sind allerdings nicht dazu verpflichtet. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission hat Angst, dass durch die Regionen der Staatsapparat aufgebläht wird. (mbi) / Seite 27

REKLAME